

Inhalt, Nr. 37/2025
• Sitzung des Sozialausschusses am Dienstag, den 11.11.2025, 14:00 Uhr
• Allgemeinverfügung zur Tiergesundheit: Bienenseuchen
• Vollzug der Baugesetze

Sitzung des Sozialausschusses am Dienstag, den 11.11.2025, 14:00 Uhr

Nr. 2669 / Am Dienstag, den 11.11.2025, findet um 14:00 Uhr im Festsaal des Paulaner-klosters, Landratsamt München, Mariahilf-platz 17, 81541 München, eine Sitzung des Sozialausschusses statt.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sit-zung vom 08.10.2025
2. Umwidmung von Fördermitteln zur Umsetzung des Palliativ-Geriatriischen Dienstes (PGD) in Un-terföhring an den Hospizkreis Ismaning
3. Berichterstattung zum Umsetzungsstand des Armutsbekämpfungsplans
4. Bericht über den Projektstand „Integrierte sozi-alraumorientierte Arbeit im Landkreis München“ (ISAR)
5. Entwurf des Haushaltsplanes 2026 für den so-zialen Bereich sowie der mittelfristigen Finanz-planung für die Jahre 2027 bis 2029; Teilbereich Grundsicherung für Arbeitsuchende
6. Förderprojekte der Gleichstellungsstelle; hier: Münchner Informationszentrums für Männer e. V. und Condrobs e. V. „WiesnGentlemen“
7. Satzung für den Behindertenbeirat des Land-kreises München hier: Satzungsänderung des § 4, §6 §8
8. Zwischenbericht zur Fortschreibung des Ak-tionsplans für die Belange von Menschen mit Behinderung – UN-BRK (UN-Behindertenrechts-konvention)
9. Förderung des Kriseninterventionsteams (KIT) des Arbeiter-Samariter-Bundes (ABS); Regional-verband München/Oberbayern e. V.
10. Entwurf des Haushaltsplanes 2026 Teilbereich Referat für Soziales
11. Erhöhungsantrag für die Fachstelle zur Ver-hinderung von Obdachlosigkeit (FOL)
12. Verschiedenes; Bekanntgaben, Anträge und Anfragen in öffentlicher Sitzung

anschließend nichtöffentlicher Teil

Allgemeinverfügung zur Tierge-sundheit: Bienenseuchen

Nr. 2670 / Allgemeinverfügung zur Tiergesund-heit: Bienenseuchen; Bekämpfung der Ameri-kanischen Faulbrut

Das Landratsamt München erlässt folgende Allgemeinverfügung:

1. Aufgrund des am 24.10.2025 im Forstenrieder Park amtlich festgestellten Ausbruchs der Ameri-kanischen Faulbrut bei Bienen werden folgende Schutzmaßnahmen angeordnet:
 - 1.1. Um den Ausbruchsort wird mit einem Umkreis von 1,5 km ein Sperrbezirk festgelegt. Die Grenzen des Sperrgebietes sind in der in der Anlage veröf-fentlichten Übersichtskarte eingetragen.
 - 1.2 Alle Bienenvölker und Bienenstände im Sperr-bezirk sind unverzüglich dem Veterinäramt des Landratsamtes München zu melden, damit dieses die Untersuchung auf Amerikanische Faulbrut vor-nehmen kann; diese Untersuchung ist frühestens zwei, spätestens neun Monate nach der Tötung oder Behandlung der an der Seuche erkrankten Bienenvölker des verseuchten Bienenstandes zu wiederholen. Die Untersuchungen sind zu dulden.
 - 1.3 Bewegliche Bienenstände dürfen von ihrem Standort nicht entfernt werden
 - 1.4 Bienenvölker, lebende oder tote Bienen, Wa-ben, Wabenteile, Wabenabfälle, Wachs, Honig, Fut-tervorräte, Bienenwohnungen und benutzte Ge-rätschaften dürfen nicht aus den Bienenständen entfernt werden.
 - 1.5 Bienenvölker oder Bienen dürfen nicht in den

- Sperrbezirk verbracht werden.
- 1.6 Das Verbot unter der Ziffer 1.4 findet keine An-wendung auf:
 - 1.6.1 Wachs, Waben, Wabenteile und Wabenab-fälle, wenn sie an Wachs verarbeitende Betriebe, die über die erforderliche Einrichtung zur Entseu-chung des Wachses verfügen, unter der Kenn-zeichnung „Seuchenwachs“ abgegeben werden und
 - 1.6.2 Honig, der nicht zur Verfütterung an Bienen bestimmt ist.
 2. Die sofortige Vollziehung der in Ziffer 1 getrof-fenen Regelungen wird nach § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet
 3. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung als bekanntgegeben.
 4. Diese Allgemeinverfügung ergeht kostenfrei.
- Gründe:**
- I. Am 10.10.2025 sind im Rahmen einer Bepro-bung von Bienenstöcken eines bislang nicht ge-meldeten Bienenstandes im Forstenrieder Park (= Landkreisgebiet) Hinweise auf den Befall mit dem Erreger der Amerikanischen Faulbrut fest-gestellt worden. Die verdächtigen Waben wurden zur weiteren Untersuchung an das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsi-cherheit (LGL) übermittelt. Am 24.10.2025 lag das Laborergebnis über den Nachweis des Erregers der Amerikanischen Faulbrut vor. Infolgedessen wurde am 24.10.2025 der Ausbruch der Tierseu-che Amerikanische Faulbrut amtlich festgestellt.
 - II. Das Landratsamt München ist für den Erlass dieser Allgemeinverfügung sachlich und örtlich zu-ständig gem. Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 2 GVVG und Art. 3 Abs. 1 Nr.2 des Bayerischen Verwal-tungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).
1. Der Ausbruch der Amerikanischen Faulbrut wur-de am 24.10.2025 auf dem Gebiet des Forstenrie-der Parks amtlich festgestellt. Bei einem Ausbruch der Seuche droht durch Verflug und Räuberei die Infizierung eines weiten Gebiets und somit die Ver-nichtung weiterer Bienenbestände.
- Die angeordneten Schutzmaßregeln nach Aus-bruch der Amerikanischen Faulbrut ergeben sich aus § 10 Abs.1 sowie § 11 Abs.1 Bienenseuchen-verordnung (BienSeuchV). Hiernach erklärt die zuständige Behörde das Gebiet in einem Umkreis von mindestens einem Kilometer um den Bienen-stand zum Sperrbezirk und ordnet die in § 11 Abs. 1 vorgesehenen Schutzmaßnahmen an.
- Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind erfor-derlich, um eine weitere Verbreitung der Seuche zu verhindern.
2. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung wurde auf der Grundlage des § 80 Absatz 2 Nummer 4 VwGO erlassen. Es liegt im besonderen öffentlichen In-teresse, dass die zur wirksamen Seuchenbekämp-fung erforderlichen Maßnahmen ohne zeitlichen Verzug durchgeführt werden können. Diesem besonderen öffentlichen Interesse stehen kei-ne vorrangigen oder gleichwertigen Interessen der Bienenhalter gegenüber, die es rechtfertigen könnten, die Wirksamkeit der Allgemeinverfügung bis zu einer zeitlich noch nicht absehbaren unan-fechtbaren Entscheidung hinauszuschieben. Es ist aus fachlichen und rechtlichen Gründen erforder-lich, die angeordneten Maßnahmen ohne zeitli-chen Verzug zu vollziehen. Die Maßnahmen sind sowohl im öffentlichen Interesse wie im Interesse der potentiell gefährdeten Bienenhalter unbedingt erforderlich.
 3. Die Bekanntgabe der Allgemeinverfügung be-ruht auf Art. 41 Abs. 3, 4 BayVwVfG. Mit der Ver-fügung wird ein großer Adressatenkreis angespro-chen, daher wäre eine Einzelbekanntmachung nur unter unverhältnismäßig großem Aufwand mög-lich und ggf. die Erreichung aller Adressaten nicht sichergestellt. Damit besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse für eine öffentliche Bekannt-machung.
- Gem. Art. 41 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG gilt ein öf-fentlich bekannt gemachter Verwaltungsakt grundsätzlich zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. Es wurde jedoch von der in Art. 41 Abs. 4 Satz 4 eingeräum-ten Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen hiervon abweichenden Tag zu bestimmen. Dies kann frü-hestens der auf die öffentliche Bekanntmachung folgende Tag sein.
4. Die Kostenfreiheit dieser Allgemeinverfügung er-gibt sich aus Art. 13 des Gesetzes zur Ausführung

- des Tiergesundheitsgesetzes (BayAGTierGesG).
- Rechtsbehelfsbelehrung**
- Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer öffentlichen Bekannt-machung Klage erhoben werden bei dem Bayeri-schen Verwaltungsgericht München
- Postanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München
- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine recht-lichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhe-bung eine Verfahrensgebühr fällig.
- Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschie-benden Wirkung zulässig (§ 80 Abs. 5 VwGO). Die-ser Antrag ist beim Verwaltungsgericht München, Bayerstraße 30, 80335 München, einzureichen. Der Antrag hat keine aufschiebende Wirkung.
- Hinweise:*
1. Imkerkleidung (Kittel und Handschuhe) sollten aus seuchenhygienischen Gründen ebenfalls nur für einen Bienenstand verwendet werden.
 2. Die Abgabe der unter der Ziffer 1.6.1 aufgeführ-ten Teile darf nur in bienen- und honigdichten Ver-packungen erfolgen.
 3. Honig ist in bienen- und honigdichten Gefäßen aufzubewahren.
 4. Für fachliche Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Landratsamt München, Referat 4.5 – Vete-rinäramt, Postfach 95 02 60, 81518 München (Tele-fon 089/6221-2375; vetamt@lra-m.bayern.de).
- Vollzug der Baugesetze**
- Nr. 2671 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)**
- Baugenehmigung vom 29.10.2025**
- Vorhaben:** Umnutzung und Umbau von fünf Ge-werbe- und einer Wohneinheit in sieben Wohnein-heiten
- Grundstück:** Gemarkung Taufkirchen Fl.Nr. 361/1
- Bauort:** 82024 Taufkirchen Kr. München, Schle-sierstraße 4
1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 29.10.2025, Nr. 4.1-0469/25/V wurde die bauauf-sichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Um-nutzung und Umbau von fünf Gewerbe- und einer Wohneinheit in sieben Wohneinheiten“ auf dem Grundstück der Gemarkung Taufkirchen Fl.Nr. 361/1 in 82024 Taufkirchen Kr. München, Schle-sierstraße 4 erteilt.
 2. Die Baugenehmigung enthält Befreiungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides festgesetzt sind.
 3. Die Baugenehmigung enthält Abweichungen, die unter Ziffer 3 des Bescheides festgesetzt sind.
 4. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestim-mungen, die unter Ziffer 4 des Bescheides fest-gesetzt sind.
 5. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird sei-nen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbeschei-des zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).
 6. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bau-herrn im Antragsformular) der Eigentümer der Grundstücke mit den Fl.Nrn. 359, 360/5, 361/2 der Gemarkung Taufkirchen zu erteilen, da öffent-lich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belan-ge durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art.66 Abs.1 Satz 4 BayBO).
 7. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 359, 360/5, 361/2, Ge-markung Taufkirchen) beteiligt sind, die dem Bau-vorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zu-

- stellung des Baugenehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 BayBO).
8. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntma-chung als bewirkt.
 9. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München er-hoben werden.
- Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:*
- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München
- Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Frei-staat Bayern) und den Gegenstand des Klagebe-gehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Be-teiligten beigelegt werden.
- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit die-sem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.
- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchs-verfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Be-scheid Widerspruch einzulegen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grund-sätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.
10. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die ge-nehmigten Unterlagen können bei der Gemein-de Taufkirchen, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.33, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.
- Nr. 2672 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)**
- Baugenehmigung vom 29.10.2025**
- Vorhaben:** Neubau einer Doppelhaushälfte (Ost) mit Garage
- Grundstück:** Gemarkung Pullach Fl.Nr. 368/6
- Bauort: 82049 Pullach i. Isartal, Römerstraße 23
1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 29.10.2025, Nr. 4.1-0495/25/V wurde die bauauf-sichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Neu-bau einer Doppelhaushälfte (Ost) mit Garage“ auf dem Grundstück der Gemarkung Pullach Fl.Nr. 368/6 in 82049 Pullach i. Isartal, Römerstraße 23 erteilt.
 2. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestim-mungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides fest-gesetzt sind.
 3. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird sei-nen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbeschei-des zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).
 4. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bau-herrn im Antragsformular) der Eigentümer der Grundstücke mit den Fl.Nrn. 368/15, 368/11, 368/68, 368/67, 368/19, 368/71 der Gemarkung Pullach zu erteilen, da öffentlichrechtlich zu schüt-zende nachbarliche Belange durch das Bauvorha-ben nicht verletzt werden (Art.66 Abs.1 Satz 4 BayBO.)
 5. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfah-ren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 368/15, 368/11, 368/68, 368/67, 368/1 der Gemarkung Pullach) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zu-gestimmt haben, wird die Zustellung des Bau-genehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 BayBO).

Fortsetzung

6. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

7. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München

Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

- Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit

diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

8. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Gemeinde Pullach i. Isartal, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.33, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

Christoph Göbel
Landrat

Ihr Landratsamt im Internet

www.landkreis-muenchen.de